Ortsverband Passau-Mitte

Artikel vom 17.03.2018

Verwaltungsgericht für Niederbayern in Passau

Neues Gericht in JVA oder Polizei

Neues Gericht in JVA oder Polizei

Die CSU Passau-Mitte begrüßt die Forderung des Arbeitskreises Juristen nach einem Verwaltungsgericht für Niederbayern in Passau – und hat gleich konkrete Standort-Vorschläge: die bisherige JVA in der Theresienstraße oder das bisherige Polizei-Areal in der Nibelungenstraße, wobei als eine Variante die räumliche Zusammenlegung mit dem bestehenden Arbeitsgericht gesehen wird.

Die historischen Räume der JVA stehen ohnehin im Eigentum des Freistaats Bayern, der auch für die Einrichtung des Verwaltungsgerichts zuständig ist, überlegt Ortsvorsitzender Markus Ihle. Zur Nutzung nach Umzug der JVA gebe es bislang keine Informationen. In jedem Fall seien größere Umbauten erforderlich. Die Lage biete sich auch wegen der Nähe zum Grundbuchamt in der Heiliggeistgasse an. Denkbar sei auch ein Einzug des Gerichts in das alte Polizei-Gebäude oder ein dortiger Ersatzbau. Auch hier ist der Freistaat Eigentümer. Als Variante biete sich eine Zusammenlegung mit dem bislang am Eggendobl beheimateten Arbeitsgericht an, um Synergien zu schaffen und Kosten zu minimieren.

„Passau wäre der ideale Standort", sagt Ihle. Nach Fertigstellung der neuen JVA, in der vor allem Auslieferungs- und Abschiebehaft vorgesehen sei, werde mit einer erhöhten Anzahl von asylrechtlichen Verfahren aus der Region zu rechnen sein, die beim Verwaltungsgericht angesiedelt sind. Häftlinge müssten dann zu Verhandlungsterminen nicht mehr wie bisher aufwendig per Einzeltransport nach Regensburg verbracht werden, was gerade bei kurzfristigen Eilverfahren häufig zu Problemen führe. – red

PNP v. 17.3.2018

Lesen Sie hier den Artikel der Passauer Neuen Presse.